

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT BEHINDERTER MENSCHEN



LANDTAG
23. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 23 / 10
28. November 2017

Thema: Zustände in der stationären Psychiatrie

Beschlussvorschlag der Fraktion „Psychiatriekritische Gruppe Bremen“

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

In den letzten Jahren ist ein kontinuierlicher Anstieg der Zahl der Personen zu verzeichnen, die in einem psychiatrischen Krankenhaus gemäß § 63 des Strafgesetzbuches (StGB) untergebracht sind. Dieser Anstieg ist vor allem in den letzten Jahren verbunden mit einem deutlichen Anstieg der durchschnittlichen Unterbringungsdauern, ohne dass es konkrete Belege für einen parallelen Anstieg der Gefährlichkeit der Unterbrachten gibt (2013).

Jedes Jahr nimmt die Zahl der Täter, die so in Bremen eingewiesen werden, zu. 127 Personen sind laut Statistischem Landesamt derzeit im Maßregelvollzug. Vor zehn Jahren waren es gerade einmal 78 Insassen, vor zwanzig Jahren gar nur 32

Die 23. Bürgerschaft behinderter Menschen fordert den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft auf:

- Einhaltung der Menschenrechte, Einbeziehung selbstverständlicher ethischer Standards in Therapie und Betreuung. Wiederherstellung der Menschenwürde. Schluß mit Demütigungen, Beleidigungen, ungerechtfertigten Zwangsmaßnahmen, Nötigungen, und auch Körperverletzungen mit Todesfolge.
- Respektvolles, wertschätzendes, rücksichtsvolles Verhalten von Personal, Pflegern, Ärzten, Therapeuten, Sozialarbeitern, Behörden und beteiligten Institutionen gegenüber den Gefangenen. Wenigstens die Einhaltung von Gesetzen.
- Wir fordern auf, eine fachübergreifende, paritätisch besetzte, unabhängige Untersuchungskommission, einzusetzen, die sich mit den Missständen in der Klinik für Forensischen Psychiatrie und Psychotherapie, befasst. (genannt seien Zustände wie im Kloster Blankenburg, der Tod von Ahmet A., diverse Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen)
- Wir fordern: Aufbau eines Verbraucherschutzes in der psychiatrischen Versorgung, (Bürgerschaftsbeschuß v. 13.01.2013) und sich endlich für eine unabhängige Beschwerdestelle einzusetzen. Die Besuchskommission ist unter diesen

Verhältnissen überfordert, wenn sie nur 2 mal im Jahr zusammen durch alle Einrichtungen geschleust wird. Sie sind wie die Angehörigen traumatisiert von den Verhältnissen und Beschwerden, können aber nichts an die Öffentlichkeit bringen, bzw. einem einzelnen Vorfall nachgehen, noch nicht einmal darüber reden.

- Wir fordern Sie auf, endlich den Beschwerden der Gefangenen, Patienten nachzugehen. Sie sind nicht krank, weil sie sich beschweren, oder weil sie selbst nachgewiesener Weise Unrecht getan haben, sondern weil die Zustände in denen sie leben müssen, nachweislich krank machen. Sie beschweren sich auch über ihre aufgezwungene Perspektivlosigkeit. Angeheizt von der Ungerechtigkeit wird das Klima im Milieu der Anstalt immer unerträglicher. Die daraus resultierenden, personen-bezogenen Krankheitsbilder (Angst/ Verwirrung/ Gereiztheit/ Aggression) einzig den Patienten/Insassen sanktioniert (damit verstärkend) zuzuschreiben, ist strafvereitelnd, kontraproduktiv, unlogisch, wenn nicht Interessengeleitet.
- Wir fordern, wie in der allgemeinen Psychiatrie die angedachten Konzepte einer gemeindenahen, Sektor übergreifenden Psychiatrie auch für die Forensik weiterzudenken. Den Abbau von stationären Betten, wegen der potenzierten Zunahme in den vergangenen Jahren, zunächst um mindestens 50% . Konkret, mittelfristig auf 50 Betten, die wesentlich kurzfristiger belegt werden.
- Wir fordern von Überlegungen Abstand zu nehmen, noch weitere Langzeit-Unterbringungs-Einrichtungen in Bremen zu bauen, stattdessen sollte man sich in der psychiatrischen Versorgung im Ausland ein Beispiel zu nehmen. Versorgungssysteme, die konsequent von einer krankenhausorientierten Versorgung auf lebensweltorientierte Versorgung mit ergänzenden stationären Angeboten umgebaut wurden, zeigen insgesamt eine höhere Effizienz (Wirksamkeit) und eine bessere Versorgungsqualität wie z. B. eine deutliche Reduzierung von Zwangsbehandlungen, weniger Vergabe von Psychopharmaka und weniger Menschen die in Heimen oder anderen betreuten Wohnformen versorgt werden müssen.(Aderhold 2007, Utschakowski 2012, Pramann 2017)
- Wir fordern langfristig, bundesweit die Abschaffung des Maßregelvollzugs nach Maßgaben einer humaneren, menschlicheren Ethik voranzutreiben.
- Wir fordern Maßnahmen der Inklusion, den Gefangenen überhaupt die Möglichkeit einer Sozialraumorientierung zu geben, mehr und bessere Therapien und Bildungsangebote. z. B. Computer mit Drucker, Teilnahme am Internet, Teilhabe an kulturellen Entwicklungen. Maßnahmen zur Prävention und Rehabilitation.

Für die Fraktion Abgeordnete(r) Jürgen Karwath

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31.03.2018 an den AK-Protest erbeten.